

Dieselöl Benzin

HEIZOELHAURI

Th. Hauri Brennstoffe AG
Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik <i>Asylpolitik: Lösungen sind gefragt</i> <i>von Gregor Rutz</i> Seite 2	Kanton Zürich <i>Sportliches Ende der Legislatur</i> <i>von Daniel Wäfler</i> Seite 3	Aktuell <i>Studie: Wohnungsnot dank Bürokratie</i> <i>von Reinhard Wegelin</i> Seite 4–5	Parlamentsgemeinden <i>Linke Politik ist eine Bedrohung</i> <i>von Samuel Balsiger</i> Seite 6	Veranstaltungs-Tipp <i>Thomas Matter zum Kollaps der CS</i> Seite 8
---	---	--	--	--

ENDE DER KONKURRENZFÄHIGKEIT?

Stromfressergesetz – teuer und gefährlich, auch für die Landwirtschaft

Es ist ein offenes Geheimnis: Man will im Moment keine verbindlichen Klimaziele für den Sektor Landwirtschaft ins Klimaschutzgesetz schreiben, weil die Landwirtschaft in der jüngsten Vergangenheit diverse Abstimmungen gewonnen hat. So versucht man, die Bauern ruhigzustellen. Doch dies ist eine trügerische Sicherheit.

Da der Bundesrat am Klimaziel Netto-Null bis zum Jahr 2050 festhält, müssen Massnahmen ergriffen werden, um die Dekarbonisierung voranzutreiben. Im indirekten Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative, dem Klimaschutzgesetz (auch bekannt als Stromfressergesetz), werden Zwischenziele für die Sektoren Verkehr, Gebäude und Industrie festgesetzt. Die Landwirtschaft wird nicht explizit erwähnt. Sind die Zwischenziele in den genannten Sektoren nur ungenügend erreicht, so hat der Bundesrat bereits vorgesorgt. Im Gesetz steht dazu explizit: «Der Bundesrat kann (...) Richtwerte für weitere Sektoren, für Treibhausgase und für Emissionen aus fossilen Energieträgern festlegen.»

Es ist unschwer zu erkennen, dass hier unter anderem die Landwirtschaft gemeint ist. Ein erster Hinweis ist im Bericht des Bundesrats zur zukünftigen Ausrichtung der Agrarpolitik zu finden. Auf Seite 21 spricht der Bundesrat von einer zukünftigen, umweltoptimierten Nahrungsmittelration für Herrn und Frau Schweizer mit einer

Reduktion des Fleischanteils um minus 69%! Ich bezweifle, ob diese Senkung des Fleischkonsums aus Gründen der Volksgesundheit geschehen soll oder ob man mit diesen Massnahmen versucht, die Klimaziele 2050 zu erreichen.

Auch Landwirtschaftsbetriebe betroffen

Auch auf den Landwirtschaftsbetrieben gibt es Wohnhäuser, welche energetisch saniert werden müssen. Obwohl ein grosser Teil dieser Wohnbauten mit «klimaneutralem» Brennholz aus dem eigenen Wald beheizt wird.

Auch Schweineställe oder Geflügelhallen müssen für die Jungtiere temperiert werden, was in Zukunft ebenfalls fossilfrei geschehen müsste. Dazu gibt es Traktoren, Mähdrescher und allerlei motorisierte Spezialmaschinen für den Ackerbau, den Futterbau oder für die Spezialkulturen. Ein Ausstieg aus den fossilen Energien wäre beim heutigen Wissensstand der Landmaschinentechnik schlicht verantwortungslos. Der freie Markt arbeitet an zukunftsfähigen Antriebssystemen auf Basis Wasserstoff oder Methan, ist jedoch noch weit weg von der Praxisreife. Der Mähdrescher, der Selbstfahrräcker oder der Zuckerrübenvollernter des Lohnunternehmers, welcher während der Erntesession von morgens früh bis abends spät seine Arbeit verrichtet, wird wohl

kaum alle paar Stunden an die Aufladestation zurückkehren können.

Die Landwirtschaft ist Teil der Lösung

Die Landwirtschaft will jedoch nicht Teil des Problems sein, sondern ist schon seit längerer Zeit ein Teil der Lösung. In den vergangenen Jahren wurden unzählige Dachflächen auf landwirtschaftlichen Gebäuden mit Fotovoltaik zugebaut, weit mehr als die betroffenen Betriebe für ihre eigenen Anlagen benötigen. Die Nutzung von Biogas ist ebenfalls den Kinderschuhen entwachsen und findet auf vielen Betrieben bereits Anwendung. In der Schweiz entfallen dennoch laut offiziellen Zahlen rund 14,8% der Treibhausgasemissionen auf die Landwirtschaft. Wobei hier die CO₂-Senkenleistung des Pflanzenbaus und des Grünlandes nicht berücksichtigt wird. Aus Sicht vieler Agrarexperten sind diese Zahlen zu kurz gegriffen, ja sie können als tendenziös oder sogar rufschädigend eingestuft werden. Der Ausdruck: «die Kuh – die Klimakillerin» ist längst widerlegt und schlichtweg falsch.

Wälder und Futterpflanzen senken CO₂

Unbestrittenermassen werden der Wald und das Energieholz als CO₂-neutral bewertet. Landläufig spricht man beim Holz von einem CO₂-Kreislauf, welcher



Die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Landwirtschaft ist durch das Stromfressergesetz gefährdet.

Bild: Bruno Hotz (Flickr.com)

rund 100 Jahre beträgt. Der Wald gedeiht während Jahrzehnten und benötigt zum Wachstum der Bäume unter anderem CO₂ und leistet somit einen Beitrag zur Senkung des CO₂-Gehalts in der Luft (Senkenleistung). Beim Verbrennungsvorgang oder bei der Verrottung wird das gespeicherte Klimagas wiederum freigesetzt. Aber auch Futterpflanzen wie Gras oder Mais, sowie alle übrigen Pflanzen, tragen mit ihrem Wachstum zu einer CO₂-Senkenleistung, analog zum Wald, bei. Nur dauert dieser Zyklus nicht 100 Jahre, sondern ein Jahr. Das Tierfutter wächst auf den Wiesen und Weiden und benötigt dazu CO₂. Das Rind, das Schaf oder die Ziege fressen diese für den Menschen nicht verwertbare Biomasse, produzieren dabei für uns verfügbares Protein in Form von Milch oder Fleisch und stossen dabei auf verschiedene Art und Weise wieder CO₂ aus. Eine Hektare Zuckerrüben, Silomais oder Klee gras

hat die grössere CO₂-Senkenleistung pro Jahr als eine gleich grosse Fläche Wald.

Stromfressergesetz bedroht Konkurrenzfähigkeit

Solange die Senkenleistung der Nutzpflanzen auf unseren Betrieben nicht angerechnet wird und die Landwirtschaft mit einem Anteil von über 14% am Treibhausgasausstoss zu Buche steht, ist eine Netto-Null-Lösung nur durch einen massiven Abbau der Tierbestände möglich und vielleicht in ferner Zukunft mit einer fossilfreien Mechanisierung.

Die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Nahrungsmittelproduktion wird wie die Gletscher dahinschmelzen und die produzierenden Bauern werden gezwungenermassen ihre Produktion einstellen. Darum auch aus Sicht der Landwirtschaft ein klares NEIN am 18. Juni zum Stromfressergesetz.



Martin Haab
Nationalrat SVP
Mettmenstetten

GOAL GLOSSAR

Klarheit

Klarheit
abgeleitet von klar; <lat.> clarus – «klar, glänzend, hell»

Damit eine Kampagne erfolgreich sein kann, muss sie eine klare Aussage haben. Denn nur so lassen sich die Wählerinnen und Wähler überzeugen, motivieren und gewinnen. Und nur so winkt am Ende ein «glänzender» Abschluss.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Sichere Zukunft in Freiheit

Jetzt **SVP** wählen!

SCHWEIZER QUALITÄT
Die Partei des Mittelstandes



Christoph Mörgeli

Erst wertvoll, dann wertlos

Fürwahr, die Menschheit ist eine seltsame Spezies. Da haben wir als brave, disziplinierte Gefolgschaft unserer Behörden während zweier Jahre Pandemie fast alles und jedes mitgemacht: Wir haben Covid-Gesetze verabschiedet, Abstand gehalten, Mundschutz getragen, die Hände häufiger gewaschen. Wir sind freiwillig oder gezwungenermassen zu Hause geblieben, wir haben Besuchsverbote und Isolationen in Spitälern und Altersheimen akzeptiert. Wir haben uns impfen, nochmals impfen und obendrein noch boostern lassen – und Milliarden um Milliarden bezahlt, um die Wirtschaft herunterzufahren. All diese Massnahmen dienten dem einzigen Zweck, Leben zu schützen. Wir haben alles Mögliche und Unmögliche unternommen, damit möglichst niemand am oder mit dem Covid-Virus stirbt. Denn das menschliche Leben ist einzigartig und darum unter allen Umständen schützenswert – so haben wir es gehört, so haben wir es begriffen. Trotz aller Widrigkeiten ist das Leben nämlich eine Erfahrung, die uns ungerne sterben lässt.

Doch neuerdings ist alles anders. Angesichts des Ukrainekriegs zwischen zwei ehemaligen Sowjetrepubliken am östlichen Zipfel Europas ist ein Menschenleben plötzlich so gut wie nichts mehr wert. Speziell dann, wenn Menschen fern unserer Heimat sterben sollen. Nämlich die Hunderttausenden von Ukrainern, die angeblich auch unsere Freiheit verteidigen. All die unbekanntenen Soldaten, denen wir im Westen nicht genug Waffen liefern können. Damit möglichst viele von ihnen möglichst lange an der Front für uns verbluten. Süss ist es, fürs Vaterland zu sterben. Jedenfalls, solange es andere Menschen und andere Vaterländer betrifft. Während bei Covid die Politiker, Journalisten und Experten keinen einzigen Menschen verloren gaben, führen sie jetzt in heiligem Eifer eine Schlacht, die andere kämpfen. Sie können in ihren Reden, Appellen und Talkshows gar nicht genug Menschenmaterial in die ukrainische Blutmühle schicken. Kühl, distanziert, unbewegt. Dabei wäre das Leben geschenkte Zeit, um etwas zu schaffen. Bevor uns das Leben ohnehin schafft.

ASYLPOLITIK

Lösungen sind überfällig: Gehen wir in der Asylpolitik einen Schritt vorwärts!

Die massive Zunahme der Migrationsströme und die stark steigende Zahl von Asylgesuchen führen zu ernsthaften Engpässen bei den Infrastrukturen. In den meisten europäischen Ländern ist dies Thema intensiver Diskussionen. So kann es nicht weitergehen – das scheint klar. Die EU sucht nach Wegen und neuen Lösungen. Einzig in der Schweiz bewegt sich kaum etwas. Die Regierung beschwichtigt, die Verwaltung zählt die Anzahl Betten. Dabei müssten wir uns fragen: Wie können wir die Migrationsströme eindämmen? Wie können wir den Schleppern ihr kriminelles Handwerk legen? Wie können wir die Kontrolle darüber zurückerlangen, wer seinen Fuss auf unser Staatsgebiet setzt? Dafür braucht es jetzt endlich konkrete Lösungen statt leerer Worte.

Gregor Rutz
Nationalrat SVP
Zürich

Gegenüber der Schweiz hält Italien seine Verpflichtungen schon seit einiger Zeit nicht mehr ein. Im Dezember 2022 stoppte die Regierung die erleichterten Rückübernahmen: Die Infrastrukturen in Italien seien überlastet, die Kapazitäten fehlen überall. Rückübernahmen gemäss Dubliner Abkommen wurden sistiert. Illegal eingereiste Personen kann die Schweiz damit nicht mehr in ihr südliches Nachbarland zurückschaffen.

Nun hat Italien kürzlich den Ausnahmezustand beschlossen. Über Ostern sind rund 2000 Migranten aus Nordafrika in Süditalien eingetroffen. Insgesamt verzeichnete Italien seit Januar über 31 000 Migranten – rund vier Mal mehr als im ersten Quartal des vergangenen Jahres. Die Infrastruktur platzt aus allen Nähten, die Regierung rechnet mit einem weiteren Anstieg der Zahlen. Um innert nützlicher Frist geeignete Massnahmen umsetzen zu können, hat die Regierung nicht nur einen Sonderkommissar ernannt, sondern auch für sechs Monate den Notstand verhängt.

Neue Lösungen sind gefragt

Grossbritannien wurde bereits früher aktiv. Nachdem Zehntausende Migranten über den Ärmelkanal kamen, um im Vereinigten Königreich einen Asylantrag zu stellen, suchte die Regierung nach Wegen, illegale Einreisen zu verhindern und die Asylverfahren auszulagern. Der erste Schritt gelang, indem erfolgreich Verhandlungen mit Ruanda aufgenommen wurden. Nun geht es darum, das Projekt umzusetzen.

Ähnliche Schritte wurden auch schon in anderen Ländern diskutiert. Dänemark wiederum hat ähnliche Pläne mit Ruanda sistiert. Allerdings nicht, weil die Regierung diese für falsch hält, sondern vielmehr darum, weil Dänemark sich von einer EU-weiten Strategie eine schnellere Lösung des Problems erhofft. Die Bewegung in zahlreichen EU-Staaten lasse eine strengere EU-Asylpolitik erhoffen, lässt sich der Einwanderungsminister zitieren.

Verfahrenszentren ausserhalb der EU

Dass dies dringend notwendig wäre, haben auch die Sozialdemokraten aus Österreich wiederholt unterstrichen. Nach ihrer Auffassung wären, analog zu den Plänen von Grossbritannien, Verfahrenszentren ausserhalb der EU der richtige Weg: «UNHCR-konforme Verfahrenszentren ausserhalb der Europäischen Union sind die einzige vernünftige Lösung, um Leid zu verhin-

dern, kriminellen Schleppern das Handwerk zu legen und die Kontrolle darüber zu erlangen, wer europäischen Boden betritt und wer nicht.»

Schweizer möchten Verschärfung

Höchste Zeit also, dass die Schweiz aufwacht und sich ebenfalls Gedanken darüber macht, wie die unerträgliche Situation verbessert werden kann. Zu-

mal rund zwei Drittel der Schweizer Bevölkerung gemäss einer kürzlich erschienenen Umfrage die Probleme ähnlich sehen, illegale Einreisen unterbinden und die Zuwanderung begrenzen wollen. Unser Antrag für eine Neuausrichtung des Asylsystems ist in der Staatspolitischen Kommission eingereicht – nun haben es die anderen Parteien in der Hand, was sie mit unserem Vorschlag machen. Gerade Parteien, die sich mehrfach öffentlich für Verschärfungen im Asylbereich ausgesprochen haben, sind jetzt gefordert.

Als SVP Editorial erschienen
am 20. April 2023



Der Zustrom illegaler Immigranten über das Mittelmeer nimmt wieder zu.

Bild: Wikipedia

ENTWICKLUNGSHILFE UND KRIEG

Im Sudan droht ein neuer Bürgerkrieg – wer finanziert ihn?

Beat Moser wirkte während mehrerer Jahre als Schweizer Diplomat in Afrika. Er hat sich den Fragen des Zürcher Bote gestellt und nimmt zu den Hintergründen der aktuellen Sudan-Krise Stellung.

Beat Moser war 34 Jahre für das EDA tätig, davon 30 Jahre im Ausland. Er war während rund sieben Jahren in Afrika eingesetzt, davon fast drei Jahre im Sudan von 1988 bis 1991 als 1. Mitarbeiter der Schweizer Botschaft. Während der Abwesenheiten des Botschafters waren er Geschäftsträger a.i. und somit offizieller Vertreter der Schweiz.

Er ist der Autor mehrerer Bücher. Zuletzt ist sein Buch «Wie Millionen versanden», das sich kritisch mit der Entwicklungshilfe auseinandersetzt, erschienen. Der Zürcher Bote hat mit ihm gesprochen.

ZB: Herr Moser, dies ist nicht die erste Krise im Sudan. Haben Sie in Ihrer Zeit im Sudan ebenfalls heikle Situationen erlebt?

Während des Staatsstreichs am 30. Juni 1989 lebte ich im Sudan. Ganz unerwartet wurde an jenem Freitag unsere Nachtruhe durch ein Donnerrollen jäh unterbrochen. Wir waren erstaunt, dass es ein Gewitter sein sollte nach neun Monaten Dürreperiode. Aber willkommen wäre Regen gewesen. Das

Donnern wurde lauter, und dann gab es auch Schüsse. Es war vier Uhr morgens. Wir standen auf und gingen in den Garten. Hadush, unser Gärtner und Wächter, sagte uns, dass Krieg ausgebrochen sei. Was sollte man nun machen? Wir hatten kein Telefon, also keinen Kontakt zur Aussenwelt. Wir konnten weder das EDA in Bern noch die vorgesetzte Botschaft in Kairo informieren. Lust zum Essen hatten wir auch nicht. Das staatliche Radio war in Arabisch. Wir fühlten uns ohnmächtig. Wir waren Gefangene in einem Land, das wir nicht verstanden, und sassen fest. Der Flughafen war gesperrt; wir konnten also nicht ausreisen. Eine andere Fluchtmöglichkeit gab es nicht.

Was geht in Ihnen heutzutage vor?

Alle Erlebnisse von damals kommen wieder hoch. Ich erinnere mich an die Angst und an die Ohnmacht, nichts in der aussichtslosen Lage machen zu können. Ich träume wieder von Panzern und Schüssen. Meiner Frau wurde damals eine Kalaschnikow an die Schläfe gehalten, als wir im Auto zu Schweizer Bürgern fuhren, um herauszufinden, wie es ihnen geht.

Am Fernsehen sehen wir Bilder vom Kriegszustand in Khartoum. Und viele fragen sich, wie sich die Machthaber Flugzeuge, Panzer, Gewehre, Munition usw. leisten können bei einem Aussenhandelsdefizit von rund 5 Milliarden Dollar. Was denken Sie dazu?

Nehmen wir es vorweg. Die westlichen Länder kommen dafür auf. Und wie geht das? Botschaften, UN-Organisationen und westliche Hilfswerke tauschen die Hartwährung in Sudanese-

sche Pfund (heute Dinar) um. Die Hartwährung wird via lokale Bank an die Zentralbank des Sudans überwiesen. Hilfswerke, Botschaften und UN-Organisationen bekommen den Gegenwert in Lokalwährung zu einem von der Regierung festgesetzten Umrechnungskurs, der viel geringer ist als der reelle Wert (rund ein Zwanzigstel).

Die Regierung hat Zugriff auf die Gelder der Zentralbank. Es war damals allgemein bekannt, dass sie einen Grossteil davon auf eigene, private Konten im Ausland überwies. Das Geld wurde schätzungsweise zur Hälfte für Kriegsmaterial eingesetzt, um sich an der Macht halten zu können, und zu 50 % als persönliches «Sparkapital» angelegt.

Sagen Sie, dass die westlichen Länder die Konflikte finanzieren?

Ja, leider ist das so. Und die westlichen Länder und die UNO sprechen immer mehr Geld für die Entwicklungsländer. Und es gibt noch ein Paradox. Wie kommt die Elite zu mehr Hartwährung? Sie beginnt einen Krieg. Dann

gibt es Vertriebene; die Felder können nicht mehr bestellt werden, und es gibt eine Hungersnot. Und was passiert dann? Bilder gehen um die Welt – und es wird gespendet.

Gibt es eine Lösung?

Ganz klar. Keine Spenden mehr. Dann sind die Regierungen verpflichtet, für ihre Völker zu sorgen, Schulen zu bauen, das Gesundheitssystem auszubauen usw. Die meisten Länder in Afrika haben genügend Ressourcen aus dem Erlös von Bodenschätzen. Und es ist an ihnen, Arbeitsplätze für die jungen Menschen zu schaffen (die Bevölkerung in Schwarzafrika wächst um 40 Millionen pro Jahr). Wer die Illusion hat, dass der Westen die Probleme in Afrika löst, wenn 1 Mio. Flüchtlinge aufgenommen werden, soll mal die Zahlen anschauen.

Wir müssen die Regierungen und Menschen in Afrika respektieren. Sie sind für ihr Leben verantwortlich. Entwicklungshilfe ist Einmischung in innere Angelegenheiten, also eigentlich Neo-Kolonialismus. So sagt Südafrikas Präsident, Cyril Ramaphosa: «Afrikanische Probleme müssen von Afrikanern gelöst werden.»



Beat Moser diente während mehrerer Jahre als Diplomat im Sudan.

Bild: Beat Moser



Nach einem Staatsstreich wurde 2019 der langjährige sudanesischer Diktator Umar al-Baschir abgesetzt, der für den Völkermord in Darfur verantwortlich gemacht wird.

Bild: Wikipedia

AUS DEM KANTONS RAT

Legislatur-Abschluss mit Sport, Ausschüttungen und Abschieden

Der letzte Tag der Legislatur begann sportlich. Anschliessend standen die Geschäftsberichte der ZKB und der EKZ auf dem Programm. Der feierliche Abschied von mehreren geschätzten Ratskollegen fiel nicht ganz leicht. Und doch blickt man mit Freude auf die kommende Legislatur, die am 8. Mai beginnt.



Daniel Wäfler
Kantonratsrat SVP
Gossau

Der letzte Kantonratsratstag der bewegten Legislatur 2019–2023 wurde mit einem vielseitigen Programm absolviert, welches schon früh begann. So wurde zum zweiten Mal der Kantonratslauf durchgeführt. Die sportlichen Kantonratsrätinnen und Kantonratsräte mussten sich dazu schon um 06.00 Uhr morgens im Stadion Letzigrund einfinden. Nach einer Begrüssung durch Kantonratspräsidentin Esther Guyer (Grüne) und dem Einwärmen mit Kariem Hussein, dem bekanntesten aktiven Schweizer Hürdenläufer, erfolgte um 06.55 Uhr der Start. Die nächsten 20 Minuten hielten sich die laufenden oder «wandelnden» Kantonratsrätinnen und Kantonratsräte auf der Bahn und machten Runde um Runde bis zum Abpfiff. Als Sieger in der Einzelwertung ging Kantonratsrat und Parteipräsident Domenik Ledergerber hervor, und zwar mit einer Runde Abstand auf den Grünen Benjamin Walder. Insgesamt kam die SVP/EDU-Fraktion in der Gesamtwertung auf den 2. Platz und machte einen sehr sportlichen Eindruck, mit Ausbaupotenzial für 2024!

Erfolgreiches Jahr für die ZKB

Pünktlich wie immer, um 08.15 Uhr, startete die Beratung im Ratsaal. Auf der Traktandenliste stand die Be-



Die SVP-Kantonratsräte überzeugen nicht nur in der Politik, sondern auch im Sport.
Bild: Domenik Ledergerber (Instagram.com)



Zum Schluss hiess es Abschied nehmen. Die scheidenden Kantonratsräte Maria-Rita Marty, Erika Zahler, Matthias Hauser, Claudio Schmid, Christian Mettler, Christian Lucek und Orlando Wyss (v.l.n.r.). Nicht auf dem Bild: Diego Bonato und Valentin Landmann. Bild: Mattia Mettler

ratung der Rechnung und des Geschäftsberichtes der Zürcher Kantonalbank für das Jahr 2022. Dazu meinte AWU-Kommissionspräsident André Bender (SVP Unterengstringen): «Die ZKB blickt erneut auf ein ausgezeichnetes Geschäftsjahr zurück: Sie hat 2022 ihren Konzerngewinn gegenüber dem Vorjahr um 12,3 % auf 1059 Mio. Franken gesteigert und damit erstmals die Milliardengrenze überschritten».

Trotz eines Antrages von Hans Peter Amrein (Parteilos) auf Ablehnung, nahm der Kantonratsrat mit 150 zu 1 Stimme bei 3 Enthaltungen den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung ab. Aus dem Bilanzgewinn der ZKB können nun und 160 Millionen Franken zugunsten der Gemeinden und 320 Millionen Franken zugunsten des Kantons ausgeschüttet werden.

Als Nächstes wurde die Rechnung und der Geschäftsbericht der EKZ behandelt, seitens Fraktion sprach Orlando Wyss (SVP Dübendorf) dazu. Er führte kritisch aus: «Es zeigt sich, dass die EKZ ihren Auftrag sowohl in der Stromproduktion als auch in Beteiligungen an Produktionskapazitäten sehen».

Dies erklärt auch den Ausbau der EKZ-Beteiligung an der Repower AG. Dies deckt sich aber nicht ganz mit der Eigentümerstrategie des Regierungsrates, welche keinen Ausbau der Stromerzeugungskapazität vorsieht. Hier ist die kantonale Politik gefordert, die Public-Corporate-Governance-Grundsätze auf gesetzlicher Ebene zu verankern.

Dies wird eine Aufgabe sein, welche in der nächsten Legislatur angegangen werden muss.»

Präsidialjahr von Ernst Stocker geht zu Ende

Noch vor der Abstimmung über die Abnahme der Rechnung und des Geschäftsberichtes der EKZ wurde kurz unterbrochen, um Regierungsräsident Ernst Stocker mit einer Kantonratsbrosche für sein Präsidialjahr zu würdigen, da er danach gleich weiter nach Bern musste.

In seinem kurzen Dankeswort betonte Ernst Stocker, dass Kantonratsrat und Regierung den Kanton in dieser Legislatur gut durch diverse Krisen geführt hätten. Weiter betonte er, dass er froh sei, im provisorischen Rathaus Hard wieder die Gesichter aller sehen zu können und deren Reaktionen auf die Reden. Dies sei essenziell für ein Parlament.

Danach wurde die Beratung zur EKZ abgeschlossen und Rechnung und Geschäftsberichtes mit 159 zu 1 Stimmen abgenommen. Aus dem Bilanzgewinn der EKZ von 95 Millionen Franken werden über 20 Millionen an Kanton und Gemeinden ausgeschüttet. Damit war das letzte Geschäft der Legislatur durch und es folgten die Verabschiedungen.

Verabschiedungen

Den Verabschiedungen wurde etwas mehr Platz eingeräumt als in früheren Legislatur-Abschlüssen. 30 Ratsmitglieder verliessen nun den Kantonratsrat und wurden von der Ratspräsidentin noch namentlich verabschiedet, dies mit einer musikalischen Einrahmung. Unter diesen sind auch die folgenden Mitglieder der SVP/EDU-Fraktion: Maria-Rita Marty, Erika Zahler, Matthias Hauser, Claudio Schmid, Christian Mettler, Christian Lucek, Orlando Wyss, Diego Bonato und Valentin Landmann. Sie wurden dann nochmals in würdevollem Rahmen im Fraktionszimmer von der Fraktion verabschiedet.

Fraktionspräsident Martin Hübscher fand zu jedem Einzelnen ein paar passende Worte und gab ihm eine Rose als Zeichen der Wertschätzung mit auf den Weg. Mit anerkennenden Worten für das Geleistete bedankte sich auch Parteipräsident Domenik Ledergerber bei der Fraktion und speziell den abtretenden Kantonratsrätinnen und Kantonratsräten, unter welchen sich auch ein paar Urgesteine der SVP befinden. Der würdige Abschluss war ein guter Übergang zum bevorstehenden Legislatur-Start am 8. Mai. Die Fraktion ist bereit für die kommende Verjüngung und das Anpacken alter und neuer Herausforderungen, von welchen es leider immer mehr gibt!

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Viel Gerede – wenig Wirkung



Thomas Lamprecht
Kantonratsrat EDU
Bassersdorf

Der Kantonratsrat hat heute die Rechnung und den Geschäftsbericht der Zürcher Kantonalbank abgenommen – so wie jedes Jahr. Die Fraktionssprecher sind meist Mitglieder in der Aufsichtscommission über die Wirtschaftlichen Unternehmen (AWU). Die Herausforderung liegt darin, dass die Mitglieder der AWU keine Finanzkompetenz haben, höchstens Finanzkenntnisse. Sie amten als politische Vertreter in

dieser Kommission. Entsprechend fallen die Voten aus.

Typ A schweift über die Geschäftszahlen mit versuchter Fachkenntnis, also mit rein mathematischer Betrachtung. Typ B spricht politische Forderungen aus. Das ist auch richtig so. Typ C schlägt mit englischen Fachbegriffen um sich, sodass es für den Zuhörer noch unverständlicher wird. Als Viel-Redner, der sich gerne hört, schwatzt Typ D am Thema vorbei. Typ E, als Nichtmitglied der AWU, argumentiert ohne Detailkenntnisse, was offenbar wird. Es wäre besser, er würde sich nicht äussern.

Das Gute ist, dass sich am Ende alle einig sind und der Jahresrechnung sowie dem Geschäftsbericht zustimmen.

WORTE DES CHEFREDAKTORS

Die linke Revolution, die niemand stoppt

Die Ausschreitungen linksextremer Gruppen in den letzten Monaten und wahrscheinlich auch am kommenden 1. Mai zeigen: In der Schweiz agiert der Linksextremismus immer selbstbewusster. Während die Linksextremisten an ihrem Ziel einer gewalttätigen Revolution festhalten, ist die linke Revolution tatsächlich schon längst im Gange. Weil linke Anliegen an der Urne nur schwer Mehrheiten finden, konzentriert sich die Linke darauf, den Staat von innen Schritt für Schritt umzubauen. Staatliche Institutionen werden zunehmend zu einem Instrument linker Politik.

Die Linke entfremdet sich von der Demokratie

In den letzten Jahren konnten wir international eine zunehmende Entfremdung der Linken von der Demokratie beobachten. Die vier Jahre Sabotage gegen die Trump-Regierung oder auch die aktuellen Proteste gegen die Justizreform der Regierung Netanjahu in Israel zeigen: Wahlsiege bürgerlicher und rechter Parteien werden von Linken nur noch bedingt akzeptiert.

Auch die SVP hat mit diesem Phänomen Erfahrung: 2007 wurde ihr Bundesrat Christoph Blocher nach einem phänomenalen Wahlsieg in einer Nacht-und-Nebel-Aktion abgewählt. Die angenommene Masseneinwanderungsinitiative von 2014 harrt immer noch der Umsetzung.

Pluralismus und Meinungsfreiheit

Die Linken empfinden Pluralismus und Meinungsfreiheit – die Grundlage der Demokratie schlechthin – zunehmend als Problem. Die liberale Idee, wonach ein freier Markt der Ideen zu den besten Lösungen führt, ist der Linken wie jedes Marktdenken zutiefst fremd. Die linke Vorstellung ist eine andere: Sie glaubt, im Besitze der besten Antworten auf alle Fragen zu sein. Andersdenkende, Skeptiker und Bürgerliche sind im Prinzip nur Sand im Getriebe des Fortschritts. Die Mainstream-Linke und die radikale Linke unterscheiden sich diesbezüglich nur wenig voneinander. Differenzen bestehen vor allem bei der Wahl der Mittel zur Bekämpfung des politischen Gegners.

Minidiktaturen

Die linke Mühe mit dem Pluralismus lässt sich heute überall dort beobachten, wo Linke die Macht haben. In den Universitäten, der Verwaltung und den Städten generell werden heute hunderttausenden Menschen Überzeugungen aufgedrängt, zu denen sie nie ihre Zustimmung gegeben haben.

Dies, obwohl unsere Bundesverfassung in Artikel 8 eigentlich die weltanschaulichen und politischen Überzeugungen genauso vor Diskriminierung schützt wie Rasse und Geschlecht. Nur hört man davon wenig.

Unfrei in einem freien Land

Dieser Zustand ist gravierend. Obwohl die Schweiz ein freies Land ist, leben heute sehr viele Menschen in einer Situation, in der ihr Recht auf Gleichbehandlung täglich verletzt wird. Uni-Forscher, die die Probleme der Immigration ansprechen, Verkehrsplaner, die sich um Parkplätze für Anwohner kümmern, oder Studenten, die nicht in der linken Gender-Kunstsprache schreiben, ja neuerdings sogar Altersheimbewohner in der Stadt Zürich, die sich nicht vegan ernähren.


All diese Menschen erleben Gewalt und Zwang in unserem Land durch staatliche Institutionen, die eigentlich politisch neutral sein müssten.

Neue Aufgaben für die SVP

Angesichts der Situation ist klar: Die SVP kann sich nicht darauf beschränken, Wahlen zu gewinnen und Exekutivfunktionen zu übernehmen. Der politische Fokus muss sich zunehmend darauf richten, demokratische Entscheide innerhalb staatlicher Institutionen durchzusetzen. Wird dies unterlassen, verpufft die Wirkung jedes Sieges, sei er noch so phänomenal.

Der linksautoritäre Staatsumbau muss nicht nur gestoppt, sondern rückgängig gemacht werden. Viele Menschen, die heute in der Schweiz verfassungswidrig wegen ihrer politischen Gesinnung Diskriminierung erfahren, werden es der SVP danken.

DR



Kantonratsrat Zürich | Justizkommission

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht

mehrere vollamtliche Mitglieder für das Obergericht (3 SVP, 2 FDP, 2 SP, 1 GLP)

für den Rest der Amtsdauer 2019-2025

Das Obergericht des Kantons Zürich ist Rechtsmittelinstanz in Zivil- und Strafsachen. Ihm ist das Handelsgericht angegliedert, das sich als erste Instanz mit handelsgerichtlichen Prozessen befasst. Ferner ist das Obergericht zuständig für die selbständige Justizverwaltung der zürcherischen Zivil- und Strafgerichte und des Notariatswesens.

Anforderungen

- Vertiefte Kenntnisse des materiellen Zivil- und Strafrechts sowie des Zivil- und Strafprozessrechts
- Mehrjährige Tätigkeit an einem Gericht
- Vertrautheit und sicherer Umgang mit juristischen Fragestellungen und Problemlösungen
- Fähigkeit zur vertieften Auseinandersetzung mit schwierigen Rechtsfragen und komplizierten Sachverhalten sowie Fähigkeit, diese auf das Wesentliche zurückzuführen und verständlich darzustellen
- Verhandlungsgeschick, sicheres Auftreten, Sozialkompetenz, Durchsetzungsvermögen und Entscheidungsfreude
- Einsatzbereitschaft, Ausdauer und Belastbarkeit
- Kommunikations- und Teamfähigkeit
- Stimmrecht im Kanton Zürich, Alter bei Amtsantritt unter 65 Jahren
- Einwandfreier Leumund

Die Besoldung richtet sich nach dem Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung der Besoldung der Mitglieder des Obergerichts vom 22. April 1999 (LS 212.63).
Umfassende Informationen zum Obergericht finden Sie unter <http://www.gerichte-zh.ch/organisation/obergericht.html>. Weitere Auskünfte erteilt Ihnen das Sekretariat der Justizkommission unter 043 259 20 67.

Interessiert?
Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung unter Hinweis auf den Fraktionsanspruch und mit einem aktuellen Strategierauszug und einer Wohnsitzbestätigung (beide nicht älter als drei Monate) bis zum **19. Mai 2023**.



Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook
www.facebook.com/svpzuerich

MEDIENMITTEILUNG DER SVP BEZIRK MEILEN

Stadt Zürich plant weiterhin einen Verkehrsversuch an der Bellerivestrasse – dies gilt es, zu stoppen

Soeben ist die neue Medienmitteilung zum Verkehrsversuch der Stadtverantwortlichen Karin Rykart erschienen. Mit der geplanten Teilspernung der Bellerivestrasse zu Versuchszwecken ab August 2023 nimmt die Stadt Zürich ihre überkommunale Verantwortung nicht wahr. Die Kosten für den Versuch müssen mit vielen Staustunden von Gewerbe und Berufstätigen getragen werden. Die Seegemeinden und ihre Gemeindepräsidenten müssen sich nun endlich wehren. Der Kanton muss seine Aufsichtspflicht wahrnehmen und den Versuch auch aus verkehrssicherheitlichen Gründen verhindern. Nicht umsonst sind innert Kürze über 11 000 Unterschriften gegen den Verkehrsversuch und den Spurrabbau zusammengekommen.

Die Bellerivestrasse ist die wichtigste Einfallsachse in die Stadt Zürich für das Gewerbe und die Bevölkerung des rechten Zürichseeufers. Die Stadt Zürich plant, während neun Monaten zwei der vier Spuren für Versuchszwecke zu sperren, und beabsichtigt zukünftig bei der Sanierung gar dauerhaft zwei Spuren abzubauen. Dabei gäbe es auch Alternativen für Strassenanierung ohne Spurrabbau.

Ein Verkehrskollaps ist mit zwei Spuren vorprogrammiert. Die Stadt gibt vor, Erkenntnisse im Verkehrsablauf für das spätere Renovationsprojekt mit einer reduzierten Anzahl Spuren gewinnen zu wollen.

Mit diesem Vorgehen nimmt die Stadt Zürich in Kauf, einen besonders neuralgischen Punkt der Zürcher Verkehrsinfrastruktur für Versuchszwecke teilweise lahmzulegen. Es ist zu befürchten, dass diese temporäre Sperrung als Dauerprovisorium enden wird.

Leidtragende des Vorgehens der Stadtzürcher Regierung sind alle Be-

wohner der rechten Seite des Zürichsees, beispielsweise aus Zollikon, Küsnacht, Erlenbach, Herrliberg, aber auch das Seefeld-Quartier durch Ausweichverkehr. Gewerbetreibende, Arbeitskräfte und Lieferanten werden bei Fahrten in die Stadt Zürich unnötig schikaniert und mit zusätzlichen Staustunden belastet. Sie stehen im künstlich herbeigeführten Stau und verlieren an Produktivität. Auch Berufsleute, welche für ihre Berufsausübung auf ein Auto angewiesen sind und nicht auf den öffentlichen Verkehr umsteigen können, werden schikaniert.

Mit dem geplanten Verkehrsversuch missachtet die Stadt Zürich den Anti-Stau-Artikel (Art. 104) in der Kantonsverfassung, welcher bei einer Verminderung der Leistungsfähigkeit einzelner Strassenabschnitte den Ausgleich im umliegenden Strassennetz vorsieht.

Es ist nun an den Gemeinden des rechten Zürichseeufers, sich endlich geschlossen für die Interessen ihrer Bevölkerung zu wehren. Der Kanton

Zürich ist zudem gefordert und muss seine Aufsichtspflicht wahrnehmen.

Der Versuch muss durch den Kanton (insbesondere die Kantonspolizei) verhindert werden. Die Abbruchkriterien des Projektes zeigen auch klar auf, dass durch den Kapazitätsabbau auch mit mehr Verkehr in den Quartieren gerechnet wird. Somit ist auch der Stadtrat in der Pflicht, den Anti-Stau-Artikel zu respektieren und den Versuch nicht zu genehmigen. Die Stadt Zürich darf sich auch nicht weiter ihrer überkommunalen Verantwortung entziehen. Denn die Herausforderungen in der Bewältigung des Verkehrs können nur gemeinsam gelöst werden. Es ist ausserdem höchste Zeit, dass die bestehenden Projekte des Seetunnels gemäss Richtplan erneut angegangen werden, damit der Bezirk Meilen verkehrstechnisch nicht noch stärker ins Abseits gerät. Die SVP setzt sich weiterhin für fließenden Verkehr und ein Nebeneinander aller Verkehrsträger ein. Der Bezirk Meilen darf nicht weiter benachteiligt werden.



Die Bellerivestrasse ist für Gewerbe und Bevölkerung des rechten Zürichseeufers von hoher Bedeutung.

Bild: Wikipedia

MEDIENMITTEILUNG DER SVP NIEDERGLATT

Kantonale Freizeitveloroute Nr. 29 am Glattufer an der Bevölkerung vorbei

Im Zürcher Unterländer vom 20. April 2023 war zu lesen, dass der linksseitige Glattuferweg im Abschnitt zwischen der Grafenschaftstrasse und der Rütiwiesenstrasse saniert wird und dafür eine Sperrung bis am 12. Mai 2023 notwendig ist. Einen Tag später wurden im Zürcher Unterländer in diesem Zusammenhang drei Verkehrsanordnungen publiziert.



Der Glattuferweg sorgt für Kontroversen.

Bild: Peter Ruoss

Die Bevölkerung wurde über dieses Vorhaben weder adäquat vorinformiert, noch hatte sie Gelegenheit, den Verantwortlichen kritische Fragen zu diesem Projekt zu stellen.

Ungelöste Sicherheitsprobleme der neuen Linienführung

Derzeit führt der Veloweg in Niederglatt auf einer Teilstrecke durch die Wohnquartiere. Der Kanton Zürich sieht jedoch vor, dass der Veloweg vom Greifensee bis zum Rhein durchgängig direkt auf dem Glattuferweg zu führen sei. Die SVP Niederglatt hat sich nie grundsätzlich gegen eine Verlegung ausgesprochen. Klar war aber immer, dass durch diese Linienführung neue Sicherheitsrisiken entstehen, für die Begleitmassnahmen vorgesehen werden müssen.

Der geplante Veloweg wird zu mehreren gefährlichen Kreuzungspunkten führen. Der Schulweg mit bis zu 600 Schülerinnen und Schülern täglich, zu Fuss und per Velo, quert den geplanten Veloweg. Ebenso wird der Spazierweg von zahlreichen Seniorinnen und Senioren des Altersheims «Eichi», oft unter-

wegs mit Gehhilfen, vom geplanten Veloweg gekreuzt. Ohne zusätzliche bauliche oder verkehrsrechtliche Massnahmen wird es ohne Zweifel zu Unfällen kommen.

Kommunikation: Note ungenügend

Es kann nicht kommentarlos hingenommen werden, dass ein so einschneidendes Vorhaben nur wenige Tage vor Baubeginn mit einem dünnen Communiqué in den Lokalzeitungen angekündigt wird. Die SVP Niederglatt verlangt die Beantwortung der offenen Fragen:

1. Warum wurde die Bevölkerung von Niederglatt nicht adäquat angehört und informiert?
2. Was wird unternommen, damit sich ein solcher Fall nicht wiederholt?
3. Was sieht das nun laufende Bauvorhaben exakt vor? Wie sieht der Zeitplan aus?
4. Wie werden die neuen Kreuzungskonflikte bei der Brücke «Grafenschaftstrasse», der Holzbrücke, der «blauen Brücke» beim Schulweg und der Rütiwiesenstrasse gelöst?

1. Mai Feier Regensdorf

mit Festredner Nationalrat

Benjamin Fischer

Unterhaltung mit dem
„Echo vom Furttal“

Feire statt Demonschriere!

Beginn 12 Uhr, Festwirtschaft mit
Holzkohlen-Grill und Cüpli Bar

Dorfstrasse 113, Watt
Parkplätze vorhanden

Eine Veranstaltung der
SVP Regensdorf



JA

ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT



DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE

- Freiheit und Selbstbestimmung sichern
- Sicherheit, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute bilaterale Beziehungen zu allen Staaten pflegen

> neutralitaet-ja.ch

ALARMIERENDE STUDIE DER ZKB

Wohnungsnot dank Zuwanderung und Regulierungswut

Aktuell werden deutlich weniger Neubauwohnungen erstellt als noch vor wenigen Jahren. Vor allem die unbegrenzte Zuwanderung bringt uns in eine Wohnungsnot. Schuld daran sind auch zu lange Baubewilligungsverfahren, wie eine ZKB-Studie eindrücklich zeigt.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär
Pfäffikon

Wenn nicht mehr Wohnungen gebaut werden, laufen wir sehenden Auges in eine Wohnungsnot. So lautet ein Fazit der neuen ZKB-Studie «Immobilien aktuell». Angebot und Nachfrage sind völlig aus dem Takt geraten. Die Nachfrage nach Wohnungen steigt sehr stark. Aber die Bautätigkeit bremsst.

Langwierige Bewilligungsverfahren

Was sind die Gründe dieser fatalen Entwicklung? Es war in den letzten Jahren teilweise eine bewusste Zurückhaltung der Investoren festzustellen. Aber das ist nicht der Hauptgrund. Es wird zunehmend schwieriger, Wohnungen zu erstellen. Der Paragraphenschwungel ist gross. Einsprachen führen zu Verzögerungen. Die ZKB hat errechnet, dass es vom Baugesuch zur Baubewilligung heute im Landesschnitt 140 Tage braucht. Das waren im Jahr 2010 satte 67 Prozent weniger.

Im Kanton Zürich werden die Baubewilligungen noch weiter verzögert. In der Stadt Zürich wartet man durchschnittlich 330 Tage. Dieser Wert hat sich seit 2010 verdoppelt!

Das ist eine fatale Entwicklung. Die grosse Nachfrage nach zusätzlichen Wohnungen ist sehr gross. So wird etwa jede sechste Arbeitsstelle in der Schweiz in der Stadt Zürich neu geschaffen.

Rekurse verhindern 4000 Neuwohnungen

Die Bautätigkeit wird aber auch durch Rekurse gekippt und gebremst. Hier zeigt die ZKB-Studie ein aufsehenerregendes Ergebnis: Seit 2010 wurde in der Schweiz trotz Baubewilligung jede zehnte Wohnung nicht realisiert, wodurch dem Mietwohnungsmarkt jährlich rund 4000 Wohnungen fehlen – und die Tendenz nimmt weiter zu.

Es gibt auch andere Anliegen, die Investoren regelrecht behindern und vor allem unter grüner politischer Führung Bautätigkeit verhindern. Zu nennen ist etwa die rigide Umsetzung der Lärmschutzbestimmungen oder die übertriebene Einbeziehung des Ortsbildes.

Ersatzneubauten

Da für das verdichtete Bauen vermehrt alte Immobilien abgerissen werden, braucht es wegen der hohen Nachfrage ausserdem viel mehr Baugesuche. Denn das verdichtete Bauen führt dazu, dass es heute nach der ZKB-Studie 119 neue Wohnungen braucht, wenn der

Bestand netto um 100 steigen soll. Im Kanton Zürich sind es sogar 144 Neubauwohnungen.

Eine sogenannte «Wohnmangellage» führt zu sozialen Spannungen. Und der Hauptgrund für diese Wohnungskrise ist nun mal die Zuwanderung. Wir haben seit acht Jahren die höchsten Zuwanderungszahlen. Und diese werden in den nächsten Jahren nicht abnehmen.

Linke für weitere Zuwanderung

Während die SVP dem Problem der fehlenden Wohnungen auch mit der Drosselung der Zuwanderung begegnen will, will die Linke immer neue Regulierungen auf dem Wohnungsmarkt bei gleichzeitiger Forderung nach noch mehr Zuwanderung.

Wirtschaftsprofessor Rainer Eichenberger bringt es in «20Min» auf den Punkt: «Wir müssen entweder massiv neu Bauland einzonen und das Bauen erleichtern – oder die Zuwanderung stark senken. Sie ist ja auch ein Haupttreiber von Energieknappheit, Lehrermangel, Schulraumknappheit, Verkehrsstaus, Nichterreichen der CO₂-Reduktionsziele etc.»



Die Bautätigkeit kommt der Nachfrage nicht mehr nach.
Bild: Pixabay

Einladung zum Politlunch



SVP des Bezirks Andelfingen - wir machen Politik fürs Weinland.

Mit Hans Frei

Meisterlandwirt
Alt Kantonsrat
Ehemaliger Präsident des Zürcher Bauernverbandes



Biodiversitätspolitik - Vorhaben

«Welche Folgen hat die Versumpfung für den Kanton Zürich?»

WANN:
Mittwoch
3. Mai 2023
11.30 - 14.00 Uhr

PROGRAMM:
11.30 - 12.00 Uhr Apéro
12.00 - 13.00 Uhr Mittagessen auf Kosten der Teilnehmer
13.00 Uhr Referat
13.30 Uhr Diskussion
14.00 Uhr Ende

WO:
Restaurant Stube
Uf de Strass 1
8460 Marthalen

Alle sind herzlich willkommen!



NOTRECHT-EXZESSE

Ein Weg in die Diktatur?

Die ausserordentliche Session der eidgenössischen Räte zur Übernahme der CS durch die UBS unter Garantie von 109 Steuermilliarden liegt hinter uns. Noch immer rätseln aber viele über den Sinn dieser Session. Den Parlamentariern spiele es keine Rolle, ob das Parlament Ja oder Nein stimme, denn der Bundesrat habe unter Berufung auf Notrecht definitiv beschlossen.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Ein Nein bedeute also lediglich den Ausdruck des Misstrauens gegen den Bundesrat und seine Art der Bewältigung der CS-Krise. Richtigerweise hat eine Mehrheit im Nationalrat der Vorlage die Zustimmung verweigert. Weil es nach den früheren Fällen gar nicht mehr zu einer solchen Situation hätte kommen dürfen.

Es waren Spezialisten des Justiz- und des Finanzdepartements, welche die Richtigkeit der Anwendung von Notrecht festgestellt haben. Das Notrecht wäre eigentlich als eine Art diktatorische Vollmacht im Kriegs- und Katastrophenfall vorgesehen. Und da ist es bemerkenswert, dass die Verwaltung als Teil der ausführenden Behörde (Exekutive) das Notrecht definiert und sich selber zuerkennt – und so in eigener Kompetenz das Recht auslegt.

«Nach gehabter Tat, hält der Schweizer Rat.» Mittlerweile bezweifeln namhafte Staatsrechtler wie Andreas Kley von der Universität Zürich, dass das Parlament bei der Gewährung der Notkredite nichts zu sagen hatte. Es gebe eine Art Notverordnungsrecht des Bundesrates, das zwar eine Verfassungsgrundlage, aber keine Gesetzesgrundlage habe. Tatsächlich dürfte das «Notrecht» der Landesregierung höchstens unter grossen Einschränkungen und nur für kurze Zeit Geltung haben. Eine extensive Auslegung des Notrechts ist für die Verwaltung eine grosse Versuchung, sich willkürlich über alle rechtsstaatlichen Regelungen hinwegzusetzen. Der stille Weg in die Diktatur wird so angebahnt.



Bern findet zunehmend Gefallen am Notrecht.
Bild: Wikipedia



Glasi und Guss: Stadtplanung Bülach

Parteiausflug SVP - Samstag, 13. Mai 2023

Die Areal der ehemaligen Giesserei Bülach und der ehemaligen Glashütte (Vetropack) zusammen sind grösser als die Altstadt von Bülach. Was passiert, wenn in einer Gemeinde durch das Schliessen von Fabriken nicht nur Arbeitsplätze verloren gehen, sondern Wohnraum für tausende neuer Einwohnerinnen und Einwohner möglich wird? Wie funktioniert die Entstehung eines neuen Quartiers? Welche Überlegungen waren wichtig? Was ist entstanden?

Die SVP Hüntwangen möchte auf dem diesjährigen Parteiausflug hinter die Kulissen schauen: Wir freuen uns, dass der damalige Bauvorstand der Stadt Bülach, **Alt-Stadtrat Hanspeter Lienhart (SP)** die Entstehung des neuen Quartiers auf einem Rundgang erläutert.

Anschliessend werden wir im Restaurant Sternen, Nussbaumen, ein gemütliches Nachtessen à la carte geniessen (Nachtessen auf eigene Kosten, Ausflugskostenlos).

Der Ausflug findet nur bei mindestens 10 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt.

Anmeldung bis am Sonntag, 7. Mai unter diesem Link: <https://xoyondo.com/dp/2qrzhx6vnn5B2r3> oder bei Matthias Hauser, matthias.hauser@svp-huentwangen.ch, Telefon 076 372 87 51

- 15.30 Uhr Treffpunkt bei der Rössli-Tanne (Bushaltestelle) für eine Mitfahrgelegenheit
- 16 Uhr Treffpunkt Parkplatz Nord Bahnhof Bülach (bei Unterführung) Spaziergang durch das Glasi- und Gussareal mit Erläuterungen
- 17.30 Uhr Ende der Führung (spätestens)
- 17.45 Uhr Apéro und Nachtessen im Restaurant Sternen, Nussbaumen

Wir hoffen auf viele Anmeldungen - Gäste sind herzlich willkommen!

Mit freundlichen Grüessen
Vorstand SVP Hüntwangen



Kantonale Volksinitiative «Gemeinsam vorwärtskommen auf Hauptverkehrsachsen – Ruhe im Quartier»

Mobilitätsinitiative

Damit der Verkehr fließen kann und Ausweichverkehr in die Quartiere vermieden wird, darf auf Hauptverkehrsachsen die signalisierte Geschwindigkeit nicht reduziert werden.

Jetzt unterschreiben!

Bogen herunterladen:
mobilitaetsinitiative-zh.ch



Fadegrad



von
Daniel Oswald

Gendern, wie weiter?

Im Parteiprogramm ist neu das Kapitel Gender-Terror und Woke-Wahnsinn aufgeführt. Auch die Junge SVP ist bei diesem Thema stark engagiert. Was passiert dazu im Alltag?

In den sozialen Medien nimmt die Genderschreibweise massiv zu. Stellenanzeigen von grossen Firmen wenden die Genderschreibweise an. Mir scheint es, als habe die Diskussion gegen die Genderschreibweise deren Verbreitung gerade noch den erforderlichen Schub verliehen. Im Alltag finde ich kaum jemand, welcher das Gendern sinnvoll findet. Aber sich dagegenstellen, mag offenbar auch niemand. In Schweizer Grossunternehmen werden die Mitarbeiter angehalten, die gendergerechte Sprache zu verwenden. Es kommt harmlos daher. Man muss nicht, aber sollte schon. Wie immer, wenn eine Grundsatzdiskussion um ein Thema gescheitert wird, wird es als Versuch gestartet oder es wird zu Beginn auf die Freiwilligkeit gesetzt. Nur ein Miesepeter kann gegen etwas Freiwilliges sein. Nach einer gewissen Zeit wird dann breit dargelegt, dass es sich bewährt habe und darum definitiv eingeführt werde. Ich bin immer wieder aufs Neue überrascht, oder eben auch nicht, wie gut gewisse Stelleninhaber in den Firmen jeweils auf solche neuen Trends vorbereitet sind und frage mich dann jeweils, welche weiteren Themen bereits in der Schublade liegen und bei einer günstigen Gelegenheit hervorgeholt werden können.

Zum Schluss sind mir folgende zwei Punkte wichtig. Als weit wichtiger als die gendergerechte Schreibweise erachte ich, wie zu diesem Thema in den Schulen mit den Kindern umgegangen wird. Ich meine, dort sollte gezielt hingeschaut und möglichst viel davon an die Öffentlichkeit gebracht werden. Es soll Schulen geben, an welchen zeitweise die Mädchen als Knaben und die Knaben als Mädchen gekleidet zur Schule kommen mussten. Wir Erwachsenen sind für das Kindeswohl verantwortlich. Nachdem wir es aber während Corona schon nicht geschafft haben, die Kinder angemessen zu behandeln, befürchte ich, dass wir auch in diesem Thema nicht an die Kinder denken und bei der Schreibweise stecken bleiben.

Auch sollte uns zu denken geben, in welcher Art und Weise eine über alle Gesellschaftsschichten getragene Regelung und die damit verbundene Wertvorstellung völlig umgekrempelt werden kann. Auch erfüllen mich die Erfahrungen der letzten 3 Jahre nicht mit Zuversicht. Der Mehrheit geht es offenbar wie den Kartoffeln. Es gehen ihnen die Augen erst auf, wenn sie im Dreck liegen.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Linke Politik ist eine Bedrohung

Die Stadt Zürich hat viele Probleme. Zum Beispiel eskaliert die Jugendgewalt. «An den Wochenenden ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass wir eine Messerstecherei oder mehrere Massenschlägereien mit Verletzten haben», sagt Jörg Bartholet. Er ist seit 20 Jahren Polizist.



Samuel Balsiger
Gemeinderat und
Fraktionspräsident
der Stadtzürcher SVP

Auch der militante Linksextremismus ist auf dem Vormarsch. Regelmässig marschieren bis zu 1000 Antifa-Scheren durch die Strassen. Der linksextreme Mob ist brandgefährlich. Immer wieder kommt es zu Ausschreitungen mit hohen Sachschäden und Angriffen auf Menschen.

«Auch der militante
Linksextremismus ist
auf dem Vormarsch.»

Als Waffen setzen die Linksextremen skrupellos Eisenstangen, Steine und Molotowcocktails (!) ein. Nach den Ausschreitungen müssen die geschädigten Gewerbebetriebe die hohen Sachschäden oft selbst tragen. Es gibt also genügend reale Opfer, die Schutz und Hilfe benötigen.

Eingebildete Probleme

Und wo glaubt die linke Stadtregierung, die Opfer gefunden zu haben? Geht sie entschlossen gegen die Jugendgewalt und den Linksextremismus vor? Die linke Stadtregierung lenkt den Fokus lieber auf die gendergerechte Sprache. Hier sieht sie die Opfer: «Patriarchale



Regelmässig stechen sich Jugendliche in der Stadt Zürich ab. Die linke Politik kümmert sich aber lieber um die Gender-Gaga-Sprache.

Bild: iStock

Sprache ist Gewalt.» Ziel des Gendersterns ist es, dass «neben Frauen und Männern auch trans und non-binäre Menschen sprachlich sichtbar werden». Gemäss neuester wissenschaftlicher Erhebung empfinden sich aber nur 0,4 Prozent der Bevölkerung nicht als Frau oder Mann.

Die sogenannte gendergerechte Sprache ist also wissenschaftlich nachgewiesen kein Bedürfnis. Ein reales Bedürfnis ist hingegen, dass sich Jugendliche

nicht länger gegenseitig Messer in die Bäuche rammen.

Linke Politik bringt Gewalt

Die Begründung, warum der Stadtrat den Genderstern dennoch einführt, ist lächerlich. Auf eine entsprechende Anfrage der SVP antwortet die Stadtregierung: «So sind denn auch typografische Zeichen für eine trans-inklusive Sprache längst in unserem Alltag angekommen: in den Betriebssystemen

von iPhones ebenso wie in der Kommunikation von Zweifel-Chips nutzen den Genderstern.» Weil ein amerikanischer Grosskonzern und Chips-Werbung es leider auch tun, belästigt die Stadtregierung uns mit ihrer idiotischen Gender-Gaga-Sprache. Und das ist eine offizielle Regierungsantwort. Auf diesem unterirdischen Niveau macht der Stadtrat Politik. Auf solchen Unsinn legt er den Fokus. Die realen Probleme bleiben liegen. Die Gewalt geht weiter.

AUS DEM WINTERTHURER STADTPARLAMENT

Ratssitzung vom 3. April 2023 – im Zeichen der Fragestunde

Neben der Begrüssung von drei neuen Mitgliedern – die Fluktuation ist in unserem Parlament ziemlich hoch und die Mitglieder werden immer jünger – und den damit verbundenen Neuwahlen in zwei Kommissionen standen Themen wie Mehrlängenzuschlag, Biodiversität und die Ökobilanz des Tanklöschfahrzeugs auf der Traktandenliste sowie unsere beliebte Fragestunde.



Maria Wegelin
Stadtparlamentarierin SVP
Winterthur

An unserer letzten Parlamentssitzung durften wir drei neue Parlamentsmitglieder begrüssen: Würzler Alexander (EVP, 1994), Hager Katja (SP, 1998) und Werner Pascal A. (SVP, 1984, anstelle des zurückgetretenen Thomas Wolf). Philipp Angele (SVP) wurde in die Sachkommission Stadtbau und Pascal A. Werner (SVP) in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur gewählt.

Der Antrag und Bericht zum Postulat R. Perroulaz (FDP) betreffend bauliche Verdichtung durch Aufhebung des Mehrlängenzuschlags war für einmal ein Gewinn für die Stadt Winterthur. Die zuständige Baustadträtin hatte bis zu diesem Postulat noch nie etwas von diesem Mehrlängenzuschlag gehört. Aufgrund dieses Zuschlags kam es derweilen zu etwas seltsamen Bauweisen, da dadurch eine zu dichte Verdichtung verhindert werden sollte.

Der Mehrlängenzuschlag wurde aufgehoben und das Postulat galt somit als erledigt. Die Architekten und Bauherren der Stadt Winterthur wird es freuen.

Zensurierte Diskussionen

Bei der Beantwortung der Interpellation betreffend Biodiversität in den Umgebungen der städtischen Immobilien wurde Maria Wegelin (SVP) vom Parlamentspräsidenten Reto Diener (Grüne) nahegelegt, beim Thema zu bleiben, da sie sich erlaubte, ein paar Beispiele anzuführen, um zu verdeutlichen, was es

bedeutet, wenn man an Stellschrauben drehen will, um das Klima zu retten.

Wenn man beispielsweise den CO₂-Ausstoss reduzieren will, müsste man auf Kernkraft setzen, oder wenn uns die Biodiversität wirklich am Herzen liegen würde, dürfte man nicht auf Windkraftanlagen setzen, denn den Rotoren fallen wichtige Schädlingsbekämpfer wie Fledermäuse und Mäusebussarde zum Opfer. Das hat zur Folge, dass es wieder zu vermehrtem Einsatz von chemischen Spritzmitteln kommt. Nun wird einem schon in einem Parlament vorgeschrieben, wozu man sich äussern darf und was tabu ist – eben Windkraftanlagen und AKW.

Die Antwort des Stadtrats zur Interpellation von Urs Bänziger (FDP) und Maria Wegelin (SVP) betreffend Elektro-Tanklöschfahrzeug (E-TLF) und dessen Ökobilanz und Erfüllung der Leistungsanforderungen über die Gesamtlebensdauer nahm die SVP-Fraktion teils negativ und teils positiv zur Kenntnis.

Negativ deshalb, weil der Stadtrat die alles entscheidende Frage der Ökobilanz nicht beantworten konnte – damit fehlt die Grundlage zur Rechtfertigung für die Anschaffung eines E-TLF. Positiv deshalb, weil die Nichtbeantwortung klar aufzeigt, dass es dem Stadtrat nicht ums Klima geht, sondern dass die Anschaffung einen rein ideologischen Charakter hat.

Fehlende Regeln für Beflaggung

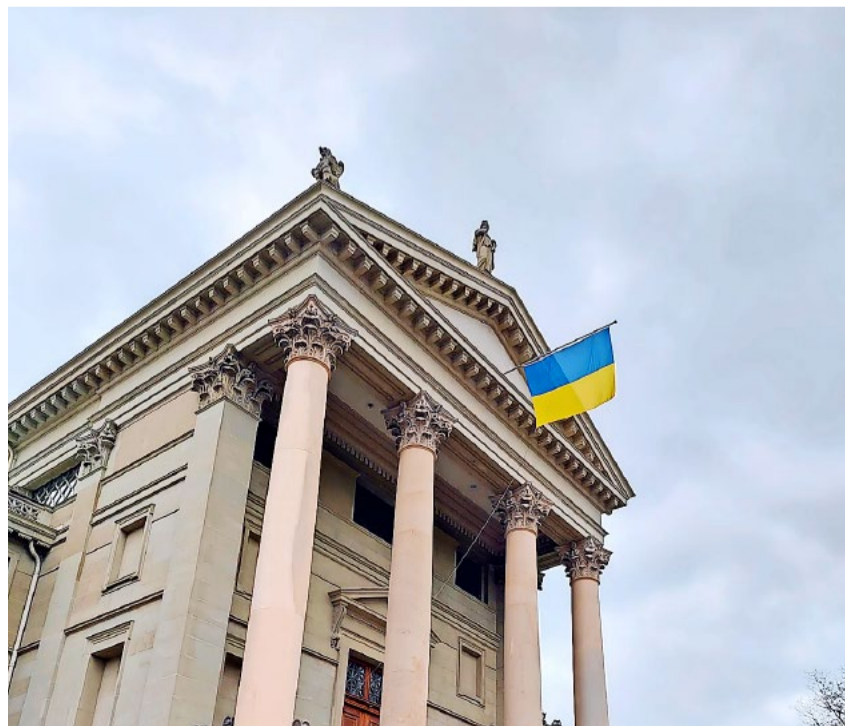
Nach der Essenspause ging es weiter mit den 30 Fragen. Eine der Fragen betraf die Beflaggung unseres Stadthauses: «Seit mehr als einem Jahr hängt am Stadthaus die Ukraineflagge. Welche Kriterien müssen erfüllt werden,

damit die Flagge eines krisen- und/oder kriegsgeschädigten Landes bei uns am Stadthaus hängen darf und wie lange soll die Ukraineflagge noch hängen bleiben?» Laut Stadtrat ist es ein Zeichen von Solidarität, das Stadthaus sei der richtige Ort für so etwas und eigentlich gäbe es keine Kriterien, die erfüllt werden müssten, es werde immer von Fall zu Fall entschieden. Damit wird die Flagge wohl noch hängen bleiben, bis der Krieg vorbei ist. Hoffen wir, dass es nicht ein zweiter Dreissigjähriger Krieg werden wird. Beantwortet wurde diese Frage Stadtratpräsident Mike Künzle (Die Mitte). Aus der Art und Weise, wie er die Antwort formulierte – nämlich immer in der 3. Person (der Stadtrat) – wusste

man sofort, dass dies mit Sicherheit nicht seine persönliche Meinung ist.

Werden die Energiesparmassnahmen fortgeführt?

Eine weitere Frage betraf die Energiesparmassnahmen der Stadt: «Aktuell wird intensiv über den Ausbau der Energieproduktion und über die dafür richtigen Technologien debattiert. Alle Technologien haben ihre Nachteile und Gegner. Die günstigste und sauberste Energie ist darum die, welche man gar nicht braucht. Plant der Stadtrat, die für den vergangenen Winter beschlossenen Energiesparmassnahmen und die Kampagne für Energiespar-Bemühungen auch in Zukunft mindestens beizubehalten?» Anscheinend übertrafen die Sparmassnahmen die Erwartungen bei Weitem und der Stadtrat plant auch im nächsten Winter an den bewährten Massnahmen festzuhalten. Wir sind gespannt!



Eine Ukraineflagge zielt das Stadthaus Winterthur.

Bild: Maria Wegelin

Allerlei



VORBILD DEUTSCHLAND?

Atomausstieg und die katastrophalen Folgen

In einer sehenswerten ARD-Dokumentation unter dem Titel: «Deutschland schaltet ab – Der Atomausstieg und die Folgen» ist zu sehen, wie statt sauberer Kernenergie jetzt wieder dreckiger Kohlestrom produziert wird.

rw. Wenige wissen noch, dass Angela Merkels CDU und die damals regierende FDP unter dem Titel «Energiewende» den Atomausstieg ins Leben riefen. Die CDU reklamierte den Atomausstieg für sich. So schreibt die Partei zum Jahr 2011: «Wir beschliessen im Bundeskabinett, bis Ende 2022 auf die Stromerzeugung in Kernkraftwerken vollständig zu verzichten.» Nun will man von den damaligen Sünden plötzlich nichts mehr wissen.

Wann kommt der Wärmepumpenzwang?

Die deutsche Ampelkoalition hat schon wieder eine neue Schnapsidee auf Lager. Sie will einen Wärmepumpenzwang einführen. Bereits ab nächstem Jahr soll schlicht der Einbau von Öl- und Gasheizungen abgeschafft und verboten werden. Dumm ist nur, dass das den CO₂-Ausstoss erst recht erhöht. Denn der Strom für die Wärmepumpen wird zu grossen Teilen durch Gas und Kohle erzeugt. Die «Energiewende» wurde in Merkeldeutschland erfunden und leider in der Schweiz – vor allem unter Bundesrätin Doris Leuthard – kopflos kopiert. Nachdem man früher regelmässig über Sinn oder Unsinn der Kernenergie an der Urne Stellung nehmen konnte, war dieses Thema plötzlich in Leuthards fataler Energiestrategie versteckt. Das Volk stimmte dieser Strategie ohne Detailwissen leider zu.

Schwindel Klimaneutralität

Jetzt müssen diese Fehler ausgebadet werden. Obwohl sich die Klimaneutralität schon bei einzelnen Produkten als Illusion entpuppt, soll die ganze Schweiz mit dem neuen CO₂-Gesetz bis 2050 klimaneutral werden. Diesen teuren Schwindel können wir uns nicht leisten. Darum müssen wir am 18. Juni ein überzeugtes NEIN in die Urne legen.



Vorbild Deutschland? Das Kernkraftwerk Isar wurde 2023 ausser Betrieb gesetzt. Bild: Wikipedia

Ihr Immobilien Traum?

www.immobilientraum.info

aktuell im Verkauf

<p>3 Rebweg 8457 Humlikon</p>  <p>ab CHF 1'470'000.-</p> <p>6½ Zi. Doppel-EFH's +41 52 338 07 09 www.rebweg.ch</p>	<p>4 Projektankündigung 8311 Brütten</p>  <p>ab CHF 1'650'000.-</p> <p>4½ Zi. Reihen-EFH's +41 52 338 07 09 www.hofacker-bruetten.ch</p>	<p>5 Trottenacker 8458 Dorf</p>  <p>ab CHF 715'000.-</p> <p>3½ - 5½ Zi.-Wohnungen +41 52 338 07 09 www.trottenacker.info</p>	<p>7 Uetliblick 8136 Thalwil-Gattikon</p>  <p>ab CHF 1'641'000.-</p> <p>3½ - 4½ Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.uetliblick-gattikon.ch</p>	<p>8 Vistadelsole 8370 Sirnach</p>  <p>CHF 727'000.-</p> <p>4½ Zi.-Wohnung +41 52 338 07 09 www.vistadelsole.ch</p>
<p>12 Schlossblick 8610 Uster</p>  <p>ab CHF 1'101'000.-</p> <p>2½ - 4½ Zi.-Wohnungen +41 44 316 13 42 www.schlossblick.ch</p>	<p>14 Glattwies 8152 Glattbrugg</p>  <p>CHF 1'554'000.-</p> <p>4½ Zi.-Wohnung +41 44 316 13 87 www.glattwies.ch</p>	<p>16 Vistacasa 8308 Illnau</p>  <p>ab CHF 1'145'000.-</p> <p>3½ - 4½ Zi.-Wohnungen +41 52 338 07 09 www.vistacasa.ch</p>	<p>18 Schmiedgass 8545 Rickenbach</p>  <p>ab CHF 715'000.-</p> <p>3½ - 5½ Zi.-Wohnung +41 55 610 47 46 www.schmiedgass.ch</p>	<p>20 Tre Fiori 8913 Ottenbach</p>  <p>CHF 1'851'000.-</p> <p>7½ Zi. Reihen-EFH +41 55 610 47 46 www.tre-fiori.ch</p>

„Haben Sie ein Grundstück, auf dem Immobilienträume verwirklicht werden können?“

Melden Sie sich bei mir.
ulrich.koller@lerchpartner.ch
+41 52 235 80 00



<p>2 Römergarten 8404 Winterthur</p>  <p>3½ - 5½ Zi. Mietwohnungen +41 55 610 47 46 www.immobilientraum.info</p>	<p>6 Duovivo 8904 Aesch ZH</p>  <p>2½ - 5½ Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.duovivo.ch</p>	<p>9 Chridlerpark 8127 Aesch-Maur</p>  <p>Liegt seit 17 Monaten beim Bundesgericht!</p> <p>3½ - 6½ Zi. WHG und EFH +41 55 610 47 46 www.chridlerpark.ch</p>	<p>10 am Zentrum 8910 Affoltern a.A.</p>  <p>2½ - 4½ Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.amzentrum.ch</p>	<p>11 am Eichacher 8904 Aesch</p>  <p>3½ - 5½ Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.ameichacher.ch</p>
<p>13 Soley 8309 Birchwil</p>  <p>3½ - 4½ Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.soley-birchwil.ch</p>	<p>15 Puro Vivere 8157 Dielsdorf</p>  <p>5½ Zi. Reihen-Doppel-EFH's +41 55 610 47 46 www.purovivere.ch</p>	<p>17 inside 8152 Glattbrugg</p>  <p>3½ - 5½ Zi. Mietwohnungen +41 55 610 47 46 www.immobilientraum.info</p>	<p>19 Projektankündigung 8404 Stadel</p>  <p>3½ - 5½ Zi. Whg. und EFH +41 52 338 07 09 www.immobilientraum.info</p>	<p>21 Grastal 8310 Grafstal</p>  <p>3½ - 5½ Zi.-Wohnungen +41 55 610 47 46 www.grastal.ch</p>



Zürcherstrasse 124
8406 Winterthur



Wir fördern Sport & Unterhaltung:



Stand April 2023

Erfolgreich werben im «Zürcher Boten» und «Zürcher Bauern»



Regeln Sie Ihren Nachlass rechtzeitig:

Bleiben Sie in guter Erinnerung!

Die SVP des Kantons Zürich setzt sich für Freiheit, Demokratie und die Unabhängigkeit unserer Schweiz ein. Damit wir dies auch in Zukunft bei Wahlen, Abstimmungen oder mit anderen politischen Aktivitäten machen können, sind wir auf finanzielle Unterstützung angewiesen.

Helfen Sie uns dabei. Berücksichtigen Sie uns in Ihrem Nachlass, damit unser Land und Ihre Nachfahren auch in Zukunft in Freiheit und Unabhängigkeit leben können. Wirken Sie so über Ihr Leben hinaus.

Wir beraten Sie gerne bei der Planung eines Engagements für die SVP und danken Ihnen für Ihre Unterstützung.

Geschäftsstelle | Lagerstrasse 14 | 8600 Dübendorf | Tel. 044 217 77 66



SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sümpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, im UG Restaurant «Vis-à-Vis», Zürichstrasse 47, Bachenbülach.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant «La Torre», Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Dielsdorf/Niederglatt
Freitag, 16. Juni 2023, bis Sonntag, 18. Juni 2023, SVP-Stand am Dorffest, Dorfplatz, Niederglatt. Nationalräte und Kantonsräte sind anwesend.

Bezirk Dielsdorf/Regensdorf
Montag, 1. Mai 2023, 12.00 Uhr, 1.-Mai-Feier, Dorfstrasse 113, Watt, mit Nationalrat Benjamin Fischer und «Echo vom Furttal».

Bezirk Dietikon/Dietikon
Montag, 1. Mai 2023, 12.00 Uhr, Grillplausch, bei Kurt und Elsbeth Bräm, im Basi, Dietikon.

Bezirk Hinwil/Seegräben
Dienstag, 9. Mai 2023, 20.00 Uhr, Referat und Diskussion, Buechwäidsaal, Aathalstrasse 6a, Seegräben, mit Nationalrat Thomas Matter. Thema: CS-Zusammenbruch, was heisst das für die Zukunft der Schweiz?

Bezirk Meilen/ Meilen
Montag, 1. Mai 2023, 10.00 Uhr, 1.-Mai-Feier, Weingut der Familie Heiri Bolleter, Aebletenweg 86, Obermeilen, mit Nationalrat Mauro Tuena und Nationalratskandidatin Nicole Ward-Brändli. Themen: Schweizer Armee, Sicherheit und Neutralität; Windräder am Pfannenstiel?

Bezirk Pfäffikon/ Russikon
Dienstag, 16. Mai 2023, 18.30 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Krone, Kronenweg 2, Russikon, mit Kantonsrat Paul von Ew. Thema: Neue Energiestrategie (Windkraft – wie weiter?)

Samstag, 3. Juni 2023, 08.30 – 11.30 Uhr, SVP-Stand beim Spar-mini-Dorfladen, Russikon

Freitag, 9. Juni 2023, 17.30 Uhr, Feierabendbier und Wurst in der ehemaligen Sauerstofffabrik beim TCS Parkplatz Bläsi- mühle, Anlagenbesichtigung sowie Film und Informationen über die Grenzbrigade 6.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 6. Mai 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Freitag, 12. Mai 2023, 19.00 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Büsi, Bärenbohlstrasse 47, Zürich-Affoltern, mit Nationalrat Alfred Heer.

Freitag, 26. Mai 2023, 18.00 Uhr, SVP-Polit- Apéro, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich-Seebach, mit Kantonsrätin Nina Fehr Düsel. Thema: Krisenzeit – wie weiter?

Samstag, 3. Juni 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 10. Juni 2023, 09.15 Uhr, Besichtigung Flughafen Zürich, Treffpunkt 2 (Pass oder ID mitnehmen). Anmeldung bis 31. Mai 2023 an peter.schick@bluewin.ch. Anschliessend Apéro.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
Der Zürcher Bote ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5% MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch. **Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Mattia Mettler, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Insertenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Mattia Mettler, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

Junge SVP Kanton Zürich
Samstag, 13. Mai 2023, 13.15 – 16.30 Uhr, Workshop und Nominationsveranstaltung, Gemeindezentrum, Im Zentrum 1, Oberengstringen. Anmeldung an straessle@jsvp-zh.ch.

Inserieren Sie hier.

öffentliche Veranstaltung · Eintritt frei

29. CHURFIRSTENTAGUNG

Thurpark · Volkshausstrasse 23 · 9630 Wattwil SG

Freitag, 5. Mai 2023
Türöffnung um 19.00 Uhr
Referat ab 20.00 Uhr

Referat von **Bundesrat Albert Rösti** zur aktuellen Lage:

«Meine ersten Erfahrungen im Bundesrat»

musikalische Umrahmung durch Männerchor Chrummbach

grosse Verlosung

es lädt ein:
SVP Kanton St. Gallen

www.svp-sg.ch

SVP/BGB MEILEN

Einladung zur öffentlichen Veranstaltung der SVP/BGB Meilen am Montag, 1. Mai 2023, ab 10:00 Uhr

„Schweizer Armee, Sicherheit und Neutralität“

„Windräder am Pfannenstiel?“

Auf dem Weingut der Familie Heiri Bolleter, Aebletenweg 86, Obermeilen

Der traditionelle 1. Mai-Anlass der SVP/BGB Meilen wird in diesem Jahr kombiniert mit dem Tag der offenen Weinkeller. Um 10:00 Uhr macht **NR-Kandidatin Nicole Ward-Brändli** von Hinwil eine Auslegeordnung über die Planung von Windrädern im Kanton Zürich. Als Gemein- deschreiberin von Wildberg ist sie von diesen Planungsvorhaben betroffen und steht kompetent Red und Antwort.

Anschliessend macht **NR Mauro Tuena** eine Auslegeordnung zum Zustand unserer Armee und ihrer Verteidigungsmöglichkeit. Als Präsident der sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates zeigt er auch das Spannungsfeld der Neutralität zur Sicherheitspolitik.

Für Speis und Trank mit anschliessender Verpflegung vom Grill ist gesorgt.

Wir freuen uns, möglichst viele Meilemer mit ihren Familien (Kinder, Freunde und Nichtmitglie- der) an diesem 1. Mai ganz herzlich begrüssen zu dürfen.

SRG

200 Fr. sind genug!

srsg-initiative.ch

Darum braucht es die SRG-Initiative:

- Obwohl die Qualität bei der SRG oft zu wünschen übrig lässt, zahlt die Schweizer Bevölkerung weltweit (!) mit heute 335 Franken die höchsten gerätunabhängigen Zwangsgebühren. Mit der Initiative müssen wir nur noch 200 Franken zahlen. Immer noch genug!
- Junge verdienen wenig und schauen fast kein TV. Trotzdem müssen sie jährlich 335 Franken zahlen für ein Angebot, das sie nicht konsumieren. Das ist unfair und unsozial!
- Arbeitgeber und Gewerbler werden doppelt zur Kasse gebeten: Die Betriebe zahlen eine umsatzabhängige SRG-Gebühr, schnell mehrere Tausend Franken. Dies, obwohl alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber schon als Privatpersonen die Abgabe von 335 Franken zahlen. Diese ungerechte Doppelbesteuerung muss abgeschafft werden!

Jetzt Volksinitiative unterschreiben

- Keine überflüssigen Gebühren fürs Gewerbe!
- Junge entlasten, die sowieso kein TV schauen!
- Nur noch 200 Franken zahlen!

Telefon: 052 301 31 00 | www.srsg-initiative.ch, info@srsg-initiative.ch